

AKTUELLES

Jahresschlussitzung in Bad Sachsa / Inklusion auch wichtiges Thema für 2011 im SoVD

„Der eindeutige politische Wille der Landesregierung fehlt“

Zu seiner abschließenden Jahressitzung traf sich der Vorstand des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. im Dezember. Dabei standen wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung - so etwa das Thema Inklusion, das den Landesverband auch 2011 stark beschäftigen wird.

Bereits 2010 hatte der Landesverband mit einer Fachtagung die Inklusion - besonders das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung - in den Mittelpunkt gerückt und wissenschaftlich beleuchtet. Obwohl bereits diese Veranstaltung deutlich gemacht hat, dass dringend ein entsprechendes Aktionsprogramm zur Umsetzung der Inklusion benötigt wird, kommt der Ausbau des gemeinsamen Unterrichts in Niedersachsen nur sehr schleppend voran.

Diese Tatsache wird nun auch vom Bildungsforscher Klaus Klemm bestätigt, der im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung eine Studie durchgeführt hat. Während bundesweit knapp 15 Prozent der Schüler mit Förderbedarf eine Regelschule besuchen, liegt der Wert für Niedersachsen gerade einmal bei 6,6 Prozent. Außerdem endet die inklusive Bildung der Un-

tersuchung zufolge in den meisten Fällen bereits nach dem Besuch des Kindergartens. Während im Bundesdurchschnitt 60 Prozent der Kinder mit Förderbedarf gemeinsam mit anderen Altersgenossen spielen und lernen, liegt ihr Anteil in Niedersachsen bei nur knapp 37 Prozent. In der Grundschule besuchen in ganz Deutschland nur noch 34 Prozent eine inklusive Bildungseinrichtung. Beim Übergang auf die weiterführende Schule wechseln dann erneut Kinder

auf Förderschulen, weil entsprechende inklusive Bildungsangebote fehlen.

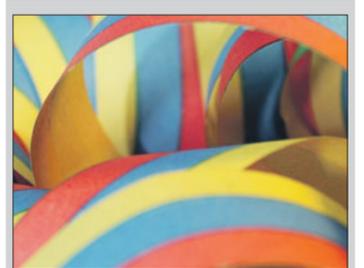
Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. fordert bereits seit Langem, die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern voranzutreiben. „Was in Niedersachsen fehlt, ist noch immer der eindeutige politische Wille der Landesregierung“, betonte der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer im Rahmen der letzten Jahressitzung. „Das zeigt sich wieder einmal



Der Geschäftsführende Vorstand des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V.

daran, dass die aktuelle Schulgesetznovelle nicht genutzt wurde, um den Vorrang des gemeinsamen Lernens gesetzlich festzuschreiben“, sagte er weiter. Die notwendigen Reformen für ein inklusives Bildungssystem müssten dringend angestoßen werden, da Deutschland sich 2009 im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention zu einem solchen System verpflichtet hat.

Der SoVD-Landesverband möchte auch weiterhin dazu beitragen, dass gemeinsames Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern zu einer Selbstverständlichkeit wird. Deshalb wird es 2011 unter anderem erneut eine Fachtagung geben, bei der zu verschiedenen Fragestellungen rund um das Thema Inklusion mit persönlich Betroffenen, Pädagogen, Experten sowie mit Vertretern aus Politik, Verbänden und Netzwerken diskutiert werden kann. Die Tagung „Durch Vielfalt lernen - auf dem Weg zur inklusiven Schule“ findet am 9. Februar 2011 in Kooperation mit der Stadt Celle in der Exerzierhalle Celle statt. Anmeldungen sind bis zum 1. Februar 2011 möglich (Tel.: 0514/12568, E-Mail: brigitte.fischer@celle.de).



Liebe Leserinnen und Leser des „Niedersachsen-Echos“,

der Vorstand des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V., die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle in Hannover und in den rund 60 SoVD-Beratungszentren in ganz Niedersachsen sowie die Redaktion des „Niedersachsen-Echos“ wünschen Ihnen und Ihrer Familie ein frohes neues Jahr mit Glück, Zufriedenheit und Erfolg, vor allem aber natürlich Gesundheit.

Wir hoffen, Ihnen auch im kommenden Jahr wieder zahlreiche informative Themen im „Niedersachsen-Echo“ bieten zu können und freuen uns auf ein gemeinsames neues Jahr.

Ihr SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.

Bündnis forderte Niedersachsens Nein zur Gesundheitsreform

Aktion vor der Staatskanzlei in Hannover

Das „Bündnis für mehr Solidarität im Gesundheitswesen – Gegen eine Kopfpauschale!“, bestehend aus neun niedersächsischen Verbänden, hat an die Landesregierung appelliert, sich im Bundesrat für ein solidarisches Gesundheitssystem einzusetzen und das sogenannte „GKV-Finanzierungsgesetz“ der Bundesregierung abzulehnen.

In dem offenen Brief, den das Bündnis an Dr. Christoph Wilk von der niedersächsischen Staatskanzlei als Vertreter der Landesregierung überreichte, heißt es: „Mit dem GKV-Fi-

nanzierungsgesetz werden die Weichen für die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gestellt. Einkommensunabhängige Zusatzprämien, die sich zu unkontrollierbaren Kopfpauschalen entwickeln, und das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages werden dazu führen, dass die Mehrheit der niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger in Zukunft enormen finanziellen Belastungen ausgesetzt sein wird. Es widerspricht sowohl christlicher Ethik als auch sozialer Gerechtigkeit, wenn künftig alle Kostensteigerungen alleine von

den Versicherten getragen werden müssen.“ Bei ihrer Aktion vor der niedersächsischen Staatskanzlei türmten Vertreter des Bündnisses die einseitigen Belastungen für die Beschäftigten symbolisch zu einer großen Wand auf. „Unser Bündnis zeigt, dass die soziale Gesundheitspolitik der Bundesregierung nicht alternativlos ist“, betonte Swinke: „Es muss Schluss sein mit den einseitigen Belastungen für die Patienten und Versicherten. Die paritätische Beitragerrichtung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern muss wieder in vollem Umfang hergestellt werden. Das medizinische Versorgungsniveau darf keinesfalls weiter zu Lasten sozial Benachteiligter absinken.“ Die Vertreter des Bündnisses wiesen bei ihrer Aktion darauf hin, dass die World Health Organisation in ihrem jüngsten Weltgesundheitsbericht gefordert hat, Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen von Versicherten zu reduzieren, und kritisierten, dass die Bundesregierung genau das Gegenteil vorhabe. Zum Bündnis gehören neben dem SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. unter anderem die Bezirksverbände der Arbeiterwohlfahrt Hannover, Braunschweig und Weser-Ems, der Deutsche Gewerkschaftsbund Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben sowie Verdi Niedersachsen-Bremen.



Der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle (links) und SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke (rechts) überreichten den offenen Brief an Dr. Christoph Wilk.

Frauen- und Mädchengesundheit

SoVD Träger des Netzwerks

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. ist seit Kurzem Träger im „Netzwerk Frauen/Mädchen und Gesundheit Niedersachsen“.

Das Netzwerk vertritt Interessen von Beschäftigten und Nutzerinnen des Gesundheitswesens. Außerdem macht es sich für eine geschlechterdifferenzierte Gesundheitsförderung und eine geschlechtssensible Gesundheitspolitik stark. Zudem bündelt das Netzwerk Informationen und ermöglicht so einen Austausch von Fach- und Erfahrungswissen. Mit öffentlichen Veranstaltungen möchte das Gremium darauf hinwirken, dass das Thema Frauen- und Mädchengesundheit im kommunalen Bereich verankert wird.

So hat das Netzwerk gemeinsam mit dem SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. eine Fachtagung organisiert, bei der die Teilnehmenden mit Experten über die Arbeits- und Einkommensbedingungen in Sozial- und Pflegeberufen diskutierten. Außerdem stand die Frage im Mittelpunkt, wie sich diese Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit von Frauen auswirken.

Neben dem SoVD und dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration sind auch die Landesvereinigung für Gesundheit, die Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. und Pro Familia Träger in dem Netzwerk.

Landesverbandstagung

Vom 18. bis zum 20. Juni 2011 findet im Copthorne Hotel in Laatzen die Landesverbandstagung des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. statt.